

Pressemitteilung

Frauenarbeitsplätze brauchen Zukunft

LINKE in [Kreis/Stadt einfügen] fordert Unterstützung der Politik für Schlecker-Beschäftigte

„Die Beschäftigten von Schlecker haben unsere vollste Unterstützung. Arbeitsplätze und Filialen müssen erhalten werden. Gerade zum Internationalen Frauentag am 8. März muss es hier ein eindeutiges Zeichen der Politik geben. DIE LINKE engagiert sich dafür vor Ort und im Bundestag“, erklärt [der/die Vorsitzende bzw. Sprecher/in der LINKEN] in [Name des Kreises/der Stadt einfügen] [Name des/der Vorsitzenden bzw. Sprecher/in] zu den Aktionen der Schlecker-Beschäftigten und ihrer Gewerkschaft ver.di rund um den den 8. März.

„Die Arbeitsmarktchancen für Verkäuferinnen sind alles andere als gut. Wie eine Anfrage der LINKEN bei der Bundesagentur für Arbeit ergab, kamen im Einzelhandel in den Verkaufsberufen im Januar bundesweit zwölf Erwerbslose auf eine offene Stelle. Für [Name des Bundeslandes] beträgt das Verhältnis 1:[Zahl aus der Tabelle einsetzen]. [Zahl aus Tabelle einsetzen] Arbeitslose stehen [Zahl aus Tabelle einsetzen] Stellen gegenüber. Wir können es uns nicht leisten, tariflich gut bezahlte Arbeitsplätze zu verlieren“, so [Name des/der Kreisvorsitzenden] weiter.

DIE LINKE legt am 8. März im Bundestag konkrete Vorschläge zur Rettung der Arbeitsplätze bei Schlecker vor. Gefordert wird ein Zukunftskonzept, das nicht auf einen Kahlschlag setzt, sondern die Filialen und Arbeitsplätze erhalten soll. Dieses soll gemeinsam mit Beschäftigten, der Gewerkschaft ver.di und Anderen erarbeitet werden. Dafür sollen auch staatliche Hilfgelder möglich sein, wobei die Belegschaft, anders als bisher im Unternehmen, entscheidend mitbestimmen soll. Wichtig ist auch, die Nahversorgung im ländlichen Raum sicherzustellen. Um für ein alternatives Zukunftskonzept Zeit zu gewinnen, soll das Insolvenzgeld von drei auf sechs Monate verlängert werden.

Tabelle: Arbeitsmarkt Verkaufsberufe, Januar 2012

	Offene Stellen	Arbeitslose	Differenz	Verhältnis Arbeitslose auf offene Stellen
Deutschland	24.340	298.174	-273.834	12
Schleswig-Holstein	851	12.357	-11.506	15
Hamburg	870	7.721	-6.851	9
Niedersachsen	2.432	28.456	-26.024	12
Bremen	230	3.829	-3.599	17
Nordrhein-Westfalen	4.968	71.047	-66.079	14
Hessen	2.369	16.377	-14.008	7
Rheinland-Pfalz	1.237	12.336	-11.099	10
Baden-Württemberg	3.775	20.227	-16.452	5
Bayern	3.561	24.432	-20.871	7
Saarland	240	3.272	-3.032	14
Berlin	1.294	28.237	-26.943	22
Brandenburg	457	13.227	-12.770	29
Mecklenburg-Vorpommern	417	12.224	-11.807	29
Sachsen	745	21.626	-20.881	29
Sachsen-Anhalt	420	13.022	-12.602	31
Thüringen	463	9.784	-9.321	21

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Sonderauswertung